

---

## **R+V-Studie „Die Ängste der Deutschen 2026“: Düsterer Blick auf Politik und Wirtschaft**

**Berlin, 1. Oktober 2026. Finanzielle Themen dominieren „Die Ängste der Deutschen 2026“. 59 Prozent der Bevölkerung befürchten, dass die Lebenshaltungskosten stark steigen – in diesem Jahr Platz eins der R+V-Langzeitstudie. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen der Menschen in die Politik.**

Wirtschaftlicher Pessimismus und politische Skepsis bestimmen 2026 die Ängste der Deutschen. „Wir beobachten einen deutlichen Anstieg der finanziellen Sorgen. Gleichzeitig treiben politische Themen die Bevölkerung um“, berichtet Grischa Brower-Rabinowitsch, Leiter der Studie „Die Ängste der Deutschen 2026“. In der repräsentativen Untersuchung befragt die R+V Versicherung seit 1992 jedes Jahr 2.400 Menschen nach ihren größten Sorgen rund um Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Gesundheit.

Die mit Abstand größte Angst in diesem Jahr: weiter steigende Lebenshaltungskosten. „Insgesamt 59 Prozent der Bevölkerung fürchten, dass ihr Geld dauerhaft nicht zum Leben reicht“, sagt Brower-Rabinowitsch. „Die Menschen erleben tagtäglich, wie kostspielig der Alltag inzwischen ist.“ Wie stark sie das belastet, zeigt der deutliche Anstieg der Sorge um sieben Prozentpunkte (2025: 52 Prozent).

Professorin Dr. Isabelle Borucki erklärt: „Die Schlüsselpreise Energie, Wohnen und Lebensmittel sind spürbar gestiegen. Dadurch sinkt der finanzielle Spielraum für Freizeit, Urlaub und Anschaffungen. Die Menschen können sich immer weniger leisten.“ Die Politikwissenschaftlerin der Philipps-Universität Marburg begleitet die R+V-Studie als Beraterin. Grischa Brower-Rabinowitsch ergänzt: „Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten ist ein echter Dauerbrenner unserer Studie. Sie belegt in diesem Jahr zum 16. Mal Platz eins – bei insgesamt 35 Befragungen.“ Besonders markant ist der Pessimismus in Westdeutschland ausgeprägt: Hier liegt die Furcht bei 60 Prozent, in Ostdeutschland bei 53 Prozent.

### **Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen wächst**

„Für die Finanzierung von Sozialversicherungen, Verteidigung und Infrastruktur will der Staat viel Geld in die Hand nehmen“, sagt Brower-Rabinowitsch. „In dieser Situation beobachten wir, dass sich die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen in unserer Studie nach vorne schiebt.“ Sie rangiert auf Platz zwei und bereitet 53 Prozent der Menschen große Sorgen (2025: 49 Prozent / Platz 3). Ost und West, Männer und Frauen treibt das Thema ähnlich stark um. „Den

Bürgerinnen und Bürgern ist klar, dass die steigenden Ausgaben entweder durch höhere Abgaben, geringere Leistungen oder zusätzliche Verschuldung ausgeglichen werden müssen“, führt Professorin Borucki aus. „Hinter der Angst vor höheren Steuern und Leistungskürzungen steht die Frage nach Fairness für jeden Einzelnen: Wer trägt die Kosten der Modernisierung, und kann ich mich auf die zugesagten Leistungen noch verlassen?“

Platz vier der Studie belegt die Furcht vor einer schlechteren Wirtschaftslage (51 Prozent). „Besonders bemerkenswert: Die Angst vor einer Rezession ist um zehn Prozentpunkte gestiegen – stärker als jede andere Sorge“, stellt Brower-Rabinowitsch fest. 2025 war das Thema für die Menschen nicht annähernd so präsent, die Angst lag mit 41 Prozent auf Platz zehn. Professorin Borucki: „Der Sprung um zehn Prozentpunkte nach oben ist das stärkste Signal der Studie. Der Blick der Menschen auf die Wirtschaftslage ist eine Art Frühwarnsystem: Der Anstieg dieser Angst markiert einen kollektiven Vertrauensverlust in die wirtschaftliche Zukunft des Landes.“

Ebenfalls unter den Top Ten der Ängste: Jeder zweite Befragte befürchtet, dass Wohnraum unbezahlbar wird (Platz fünf). „Knapper Wohnraum, hohe Preise und viel Konkurrenz bei der Wohnungssuche... Wir beobachten jedes Jahr aufs Neue, welche Sorgen das den Menschen bereitet“, sagt Studienleiter Brower-Rabinowitsch.

## **Migrationssorgen weiter unter den Top Ten**

Die Zuwanderung nach Deutschland nimmt ab, trotzdem zählen die Migrationssorgen zu den Top Ten der Ängste-Studie. 52 Prozent der Befragten fürchten, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert – Platz drei der Studie (2025: 49 Prozent, Platz zwei). Auf Platz sieben landet mit 47 Prozent die Angst, dass es durch weiteren Zuzug aus dem Ausland zu Spannungen kommt (2025: 45 Prozent, Platz sieben). Damit haben beide Sorgen im Vergleich zum Vorjahr etwas zugenommen.

Spannend ist hier der Blick auf die Ergebnisse in West- und Ostdeutschland: Nur im Westen sind die Migrationsängste spürbar angestiegen. Hier liegt die Angst vor einer Überforderung des Staates bei 51 Prozent (2025: 47 Prozent), im Osten liegt sie bei 55 Prozent (2025: 56 Prozent). Vor Konflikten durch Zuwanderung fürchten sich im Westen 47 Prozent (2025: 43 Prozent) und im Osten 50 Prozent (2025: 51 Prozent). „Hier laufen mehrere Grundfragen zusammen – von staatlicher Kontrolle über humanitäre Verpflichtung und kulturelles Zusammenleben bis hin zur Verteilung knapper Ressourcen“, erklärt die Politikwissenschaftlerin Borucki. „Das sind bundesweite Fragen. Und deshalb bleiben die Sorgen groß, auch wenn die Zuwanderungszahlen sinken.“

## **Deutlicher Vertrauensverlust in die Politik**

Die deutsche Wirtschaft schwächelt und die Finanzierung von Sozialstaat, Verteidigung und Infrastruktur wird heftig debattiert. Wie stehen die Deutschen angesichts dieser Herausforderungen zu

ihren Politikerinnen und Politikern? „Wir beobachten einen deutlichen Vertrauensverlust“, sagt Studienleiter Brower-Rabinowitsch. 48 Prozent der Bevölkerung fürchten, dass die Politik von ihren Aufgaben überfordert ist – ein Anstieg um sechs Prozentpunkte innerhalb eines Jahres.

„Miserabel sind auch die Schulnoten für Regierung und Opposition“, berichtet der Studienleiter weiter. „Der Notendurchschnitt liegt in diesem Jahr bei 4,1. Noch schlechter waren die Noten zuletzt während der Regierung Merkel im Jahr 2018.“ Im Jahr 2025 hatte die Politik für ihre Arbeit noch die Note 3,8 erhalten. „Nach dem Ende der Ampel verknüpften viele mit Schwarz-Rot die Hoffnung auf mehr Führung, weniger Streit und eine schnelle wirtschaftliche Wende. Das hat sich nicht erfüllt“, sagt Politikwissenschaftlerin Borucki. „Zwischen den großen Ankündigungen und den spürbaren Ergebnissen klafft jetzt eine Lücke. Die Menschen sind enttäuscht und verlieren Vertrauen.“

Eine nachgeordnete Rolle bei den Ängsten der Deutschen spielt dieses Jahr der Blick auf die Weltpolitik: „45 Prozent der Befragten fürchten, dass die Politik von Donald Trump die Welt gefährlicher macht. Das sind deutlich weniger als während seiner ersten Amtszeit“, sagt Brower-Rabinowitsch. Den bisherigen Höchstwert erreichte diese Furcht im Jahr 2018 mit 69 Prozent. Die Angst, dass weltweit autoritäre Herrscher immer mächtiger werden, ist rückläufig und liegt bei 41 Prozent. „Nach Jahren permanenter geopolitischer Alarmmeldungen tritt hier ein Gewöhnungseffekt ein“, analysiert Professorin Borucki. „Der Blick der Bevölkerung ist eher nach innen gerichtet.“

## **Das Angstniveau ist insgesamt erstaunlich gering**

Die gesamte Stimmung auf dem Tiefpunkt? Regiert die „German Angst“? Der Durchschnitt aller abgefragten Ängste zeigt etwas anderes: Er beläuft sich aktuell auf 38 Prozent. „Damit liegt das Angstniveau insgesamt nur zwei Prozentpunkte höher als im bisher sorgenärmsten Jahr 2021. Und deutlich unter dem Spitzenwert von 52 Prozent im Jahr 2016“, sagt Studienleiter Brower-Rabinowitsch. Professorin Borucki ordnet das aktuelle Ergebnis ein: „Im Zentrum stehen finanzielle Sorgen. Weil das Geld knapper wird, treten andere Ängste in den Hintergrund.“

Entsprechend haben acht Ängste ihren bisher niedrigsten gemessenen Wert erreicht. Überraschend: Trotz Rekordhitze bereits im Juni, Niedrigwasser in den Flüssen, Ernteaussfällen in der Landwirtschaft und heftigen Waldbränden sinkt die Angst vor dem Klimawandel auf 30 Prozent (Platz 20). Noch geringer ist die Furcht vor Naturkatastrophen. Sie fällt um neun Prozentpunkte auf 27 Prozent (Platz 21), das ist der stärkste Rückgang einer Angst in diesem Jahr. „Die Folgen der Klimakrise sind für die Menschen deutlich erlebbar. Angesichts der scheinbar unaufhaltsamen Veränderungen wird das Gefühl der Angst offenbar durch Resignation überlagert“, analysiert Professorin Borucki. „Die Regierung sollte sich trauen, zukunftsgerichtete Klimapolitik zu machen. Das wäre eine Chance für das Land und für die Wirtschaft.“

## Weitere Ergebnisse der R+V-Studie in Kurzform:

- **Angst vor politischem Extremismus (Platz 9):** Die Furcht bewegt sich mit 41 Prozent auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Bemerkenswert sind die Ausprägungen: Die Angst vor Islamismus ist mit 45 Prozent größer als die Angst vor rechtem Extremismus (43 Prozent). Weit dahinter liegt die Furcht vor Linksextremismus (7 Prozent).
- **Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft (Platz 12):** Die Sorge nimmt weiter ab und liegt aktuell bei 37 Prozent. Auf Nachfrage zeigt sich: 75 Prozent fürchten eine Spaltung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. 59 Prozent bereitet eine Trennung zwischen Arm und Reich große Sorgen. Das dritte dominierende Spaltungsthema ist mit 54 Prozent die Haltung zu demokratischen Werten.
- **Angst vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung (Platz 14):** Der Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an. Die Angst, Deutschland könnte zur Kriegspartei werden, geht deutlich zurück (2026: 34 Prozent, 2025: 41 Prozent). Im Jahr vor Kriegsbeginn lag sie bei 16 Prozent.
- **Angst, dass KI unsere Gesellschaft gefährdet (Platz 16):** Immer neue Manipulationsmöglichkeiten, Künstliche Intelligenz, die aus ihrer Testumgebung ausbricht: Jeder dritte Deutsche fürchtet die Folgen von KI.
- **Angst, arbeitslos zu werden (Platz 24):** Nur 20 Prozent der Erwerbstätigen befürchten, ihren Job zu verlieren. Die Sorge wird seit 1992 abgefragt, das ist der bisherige Tiefstwert.
- **Angst vor Straftaten (Platz 25):** In diesem Jahr ist das mit 19 Prozent die geringste Sorge der Deutschen.

## Über die Studie

„Die Ängste der Deutschen“ ist die bundesweit einzige Umfrage, die sich inzwischen zum 35. Mal mit den Sorgen der Bevölkerung befasst. Seit 1992 werden in persönlichen Interviews rund 2.400 Männer und Frauen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahren nach ihren größten politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Ängsten befragt. Die repräsentative Untersuchung der R+V Versicherung findet jedes Jahr in drei Wellen statt – dieses Mal lief sie vom 11. Mai bis zum 29. Juli 2026. Die wichtigsten Ergebnisse der Ängste-Studie sind unter [www.die-aengste-der-deutschen.de](http://www.die-aengste-der-deutschen.de) aufbereitet. Hier liegen auch Video- und Audiostatements zum Download.

---

Pressemitteilung Nr. 4183

### Kontakt:

R+V Versicherung  
c/o Arts & Others  
06172 9022131  
[die-aengste-der-deutschen@arts-others.de](mailto:die-aengste-der-deutschen@arts-others.de)

Texte, Grafiken, Video-  
und Audiostatements  
zum Download:  
[www.die-aengste-der-deutschen.de](http://www.die-aengste-der-deutschen.de)

